

KOMPAKT



DER WEG ZUR BEFÖRDERUNG IST STEINIGER GEWORDEN

EINKOMMENSRUNDE 2023
Tarifverhandlungen mit Signalwirkung

BEZIRKSVERSAMMLUNGEN
Verabschiedungen – Neuwahlen



An unseren Schulen fehlen die finanziellen Mittel!

DOPPELHAUSHALT 2023 UND 2024



PERSONALRÄTESCHULUNGEN



VERSAMMLUNG

VLW Pfalz wieder in Präsenz

03 GUTE BILDUNG GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF

Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN

Der Weg ist steiniger geworden ...

05 ES FEHLT AN ALLEN ECKEN UND ENDEN

Doppelhaushalt 2023 und 2024

06 VLW-KOMMENTAR ZUM DOPPELHAUSHALT

Die Defizite setzen sich fort ...

07 PETITION

Unterschriften überreicht – Aktion läuft aber weiter

08 INFLATION NICHT AUF DEM RÜCKEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES AUSTRAGEN

Einkommensrunde 2023

09 PERSONALRÄTESCHULUNG

Der VLW informierte zu wichtigen Themen – Engere Vernetzung zwischen Personalräten gewünscht

11 AUS DEN BEZIRKEN

Neue Vorsitzende in Koblenz und Trier

12 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

... des VLW-Bezirks Koblenz im Food-Hotel Neuwied

13 BEZIRKSDELEGIERTENVERSAMMLUNG

... des VLW Pfalz in der BBS Kaiserslautern II

14 HINTER DEN KULISSEN DES VLW

Elisabeth Hanck-Huth – die Managerin der VLW-Geschäftsstelle

15 RECHTSTIPP

Frist und Formvorschrift bei Widerspruch von Bescheiden beachten

15 IMPRESSUM

Infos, News und Impressum

GUTE BILDUNG GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF



Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Herbst dreht sich besonders viel um das Thema Geld. Die hohe Inflation, horrenden Energiekosten, die Unterstützung der Ukraine und der Flüchtenden sind nur einige Beispiele, über die täglich in den Medien berichtet und diskutiert wird. Da ist es kein Wunder, dass dieses Thema auch auf den Bildungsbereich durchschlägt. „Das im Haushalt vorhandene Geld kann schließlich nur einmal ausgegeben werden.“ Eine Argumentation, die wir immer wieder zu hören bekommen, wenn wir gegenüber den Entscheidungsträgern in Mainz mehr Engagement bei den Bildungsausgaben fordern. Bei den Artikeln in dieser Ausgabe von *VLW kompakt* steht die Forderung nach mehr finanziellen Mitteln jeweils im Mittelpunkt. Es beginnt bei den Einsparungen an den Beförderungsstellen nach A14, die wir ebenso massiv kritisieren wie den vorgelegten Haushaltsentwurf für die kommenden beiden Jahre, der beispielsweise keine zusätzlichen Stellen für berufsbildende Schulen vorsieht. Vor dem Hintergrund der stetig zunehmenden Belastungen aufgrund der digitalen Transformation und der

zunehmend heterogenen Schülerschaft ist das eine schmerzliche Situation. Aber auch über die berufsbildenden Schulen hinaus fehlt das Geld für Bildung in allen Bereichen. Aus diesem Grund haben die Elternvertretung, die Landeschülervertretung und die Lehrerverbände gemeinsam eine Petition auf den Weg gebracht, die auf deutlich mehr finanzielle Mittel für Bildung abzielt. Die dbb-Tarifkommission Bund und Kommunen fordert für die aktuelle Einkommensrunde 10,5 Prozent mehr Gehalt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Auf den Abschluss darf man gespannt sein, denn er wird eine Signalwirkung für die im September 2023 folgende Tarifrunde der Länder haben. Wir hoffen, dass hier eine Einigung erzielt werden wird, die unseren Berufsstand, insbesondere mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung, für die Zukunft gut versorgt. Denn gute Bildung gibt es nicht umsonst.

Um Zukunft geht es auch bei den kürzlich durchgeführten Neuwahlen in gleich zwei Bezirken des VLW, bei denen eine junge Kollegin und ein junger Kollege das Amt der bzw. des Bezirksvorsitzenden übernommen haben. Es ist essenziell, dass

die Verbandsarbeit auch in der kommenden Generation weitergeführt wird. Wer sonst sollte unsere berufsständischen Interessen gegenüber den politisch handelnden Personen vertreten?

Ebenso in diesem Heft finden Sie einen Bericht zu unseren Personalräte-Schulungen im vergangenen September, bei denen es um die Einstufung und Eingruppierung von Vertretungslehrkräften und die Rechte von schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen sowie die entsprechenden Pflichten der Schulleitungen ging. Abschließend geben wir wieder den Blick hinter die Kulissen der VLW-Arbeit frei. Dieses Mal nehmen wir das Organisationstalent unserer neuen Landesgeschäftsstelle in Kottenheim, Lisa Hanck-Huth, in den Fokus.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich über ein Feedback. Schreiben Sie uns Ihre Meinung: redaktion@vlw-rlp.de

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Karl-Heinz Fuß

DER WEG IST STEINIGER GEWORDEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Ihnen beim ersten Blick auf das neue *VLW kompakt* etwas aufgefallen? Wir haben nämlich etwas geschummelt. Genauer gesagt haben wir uns selbst plagiiert und eine etwas ältere Karikatur aus unserem Fundus hervorgekratzt. Das Erschreckende ist, dass die Botschaft dieser Karikatur heute noch genauso aktuell ist, wie sie es im Jahr 2013 war. Nach wie vor ist es ein steiler Weg, den die jungen Kolleginnen und Kollegen antreten müssen, wenn sie zur Oberstudienrätin bzw. zum Oberstudienrat befördert werden möchten.

Schlimmer noch: Die zu überwindenden Klippen sind in den letzten Jahren sogar noch schroffer geworden. Standen zum Beförderungstermin 18. Mai 2021 für die Sek.-II-Lehrkräfte an Gymnasien, BBSn und IGSn noch insgesamt 500 Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung, waren es in diesem Jahr nur noch 450 und im nächsten Jahr werden es gar nur noch 400 sein. Dieser Abwärtstrend steht im krassen Gegensatz zu den salbungsvollen Dankesworten, mit denen unsere oberste Dienstherrin unseren Einsatz während der Covid-19-Pandemie gewürdigt hat.

In unzähligen Gesprächen hat der VLW-Landesvorstand auf die Mehrbelastungen durch Fern- und Wechselunterricht hingewiesen und Entlastungen gefordert. Statt diesem Anliegen endlich einmal Rechnung zu tragen, sehen wir uns jetzt mit diesem Nackenschlag konfrontiert. Will man so junge Menschen motivieren, sich über ihre dienstlichen Pflichten hinaus zu engagieren? Will man so die Attraktivität des Lehramtes an BBSn steigern?

Wir halten dies für den falschen Weg und fordern die Landesregie-



rung auf, ihren Kurs zu überdenken. Und dies bitte nicht erst wieder kurz vor den nächsten Landtagswahlen.

Daher passt es leider gut ins Bild, dass sich das Bildungsministerium querstellt, wenn es darum geht, den Kolleginnen und Kollegen, die sich um die Einführung und anschließend um den störungsfreien Betrieb des Schulcampus an ihren Schulen verdient machen, eine Entlastung zu gewähren. Der Schulcampus ist ein begrüßenswertes und zeitgemäßes Instrument in einer Bildungslandschaft, die gerade damit begonnen hat, die digitale Transformation umzusetzen. Perspektivisch kann er sicherlich dazu beitragen, den Schulalltag zu vereinfachen. Bis es soweit ist, stehen jedoch noch massive Investitionen in Form von „Manpower“ (Kolleginnen sollen sich bitte auch angesprochen fühlen!) an. Es ist in unseren Augen eine Unverschämtheit, ausgerechnet von jenen Kolleginnen und Kollegen, die sich während der Pandemie oftmals über ihre Belastungsgrenze hinaus engagiert haben, erneut zu verlangen, dass sie dies mal gerade eben auch noch schultern.

Nach fast zwei Jahren ohne lineare Erhöhung ist die spärliche Anhebung der Besoldung zum 1. Dezember um 2,8 Prozent für viele

unserer Mitglieder ein weiteres großes Ärgernis. Angesichts der aktuellen Inflationsrate ist sie nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese Erhöhung ist das Ergebnis des Tarifvertrages, der im letzten Jahr zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ausgehandelt wurde. Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Beamtensektor war uns ein Anliegen, welches von der Landesregierung auch erfüllt wurde. Einen Spielraum für Nachverhandlungen gibt es hier verständlicherweise nicht, solange der Tarifvertrag läuft, also bis zum 30. September 2023. Erst dann werden der Deutsche Beamtenbund (dbb) und ver.di mit der TdL wieder für die Tarifbeschäftigten der Länder verhandeln. Vorher jedoch, nämlich im kommenden Frühjahr, wird für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen verhandelt. Unser Dachverband, der dbb, geht mit der Forderung nach einer linearen Erhöhung der Entgelte von 10,5 Prozent in die Verhandlungen. Auch wenn sich das Ergebnis nicht direkt auf unsere Bezüge auswirkt, geht von ihm doch eine Signalwirkung aus. Deshalb muss es auch uns ein Anliegen sein, dass bei diesen Verhandlungen eine Erhöhung der Entgelte herauskommt, die wenigstens annähernd den Kaufkraftverlust durch die anhaltend hohe Inflation ausgleicht. Der VLW plant deshalb, die Aktionen, die im Frühjahr im nördlichen Rheinland-Pfalz stattfinden sollen, zu unterstützen. Entsprechende Aufrufe erfolgen zu gegebener Zeit. Bitte beteiligen Sie sich an den Aktionen, wann immer ihre Unterrichtsverpflichtung dies zulässt, denn einmal mehr gilt hier das Motto: „Nur zusammen sind wir stark!“

Dirk Mettler

Doppelhaushalt 2023 und 2024

**VLW-
KOMMENTAR
AUF SEITE 6**

ES FEHLT AN ALLEN ECKEN UND ENDEN ...

Im September wurde dem Landtag der Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024 vorgelegt. Die endgültige Beschlussfassung darüber soll im November erfolgen. Im Folgenden finden Sie eine Kurzfassung des Vorworts zum Einzelplan 09 des Ministeriums für Bildung in Rheinland-Pfalz.

SCHULE DER ZUKUNFT

Pandemie, Hochwasserkatastrophe im Ahr-tal, Energiekrise, Digitalisierung und Globalisierung sind Ereignisse bzw. Entwicklungen, die sich auch im Haushalt für Bildung widerspiegeln. Der sich verändernden Welt will das Ministerium mit der Initiative „Schule der Zukunft“ begegnen und stellt dafür nach 7,54 Millionen Euro im Jahr 2022 in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 10 Millionen Euro bereit. Zu den aktuell 45 teilnehmenden Schulen sollen in den kommenden Jahren weitere hinzukommen. Unter anderem sollen mit diesen Mitteln Schwerpunkte wie Ganztagsbeschulung, Digitalisierung, Schulsozialarbeit, Sprachförderung und Inklusion unterstützt werden.

UNTERRICHTSVERSORGUNG

Für die Unterrichtsversorgung sollen die Mittel im Jahr 2023 gegenüber 2022 in etwa konstant gehalten werden. Für 2024 ist wie-

der eine Erhöhung von knapp über zwei Prozent auf dann etwas mehr als 2,5 Milliarden Euro vorgesehen.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Eine Steigerung von etwa 3,7 Prozent ist für die frühkindliche Bildung, also insbesondere für die Kindertagesstätten für das Jahr 2024 vorgesehen. Insgesamt beträgt der Ansatz dafür knapp 936 Millionen Euro.

BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG/MINT-FÖRDERUNG

Für die Berufs- und Studienorientierung/MINT-Förderung ist bereits im Jahr 2023 eine Steigerung der Mittel um acht Prozent gegenüber 2022 vorgesehen, auf dann 7,67 Millionen Euro. 2024 soll jedoch keine weitere Erhöhung folgen. Ein Schlüsselement der in der Fachkräftestrategie des Landes festgeschriebenen Maßnahmen ist das landeseigene trägergestützte Projekt „Übergangskoach“, das derzeit in den 8. und 9. Klassen der allgemeinbildenden Schulen durchgeführt wird. Weitere wichtige Projekte sind beispielsweise die Tage der Berufs- und Studienorientierung, Schülerpraktika und die digitale Orientierungs-App „Zukunft läuft“. Dabei kooperiert das Land mit vielen Partnern auf Bundes- und Landesebene. Im Rahmen der MINT-Strategie wird eine Viel-

KOMMENTAR DES VLW

Obwohl die im Haushalt veranschlagten Ausgaben weiter steigen, fehlen die finanziellen Mittel an unseren Schulen nach wie vor an allen Ecken und Enden. Deutlich wird dies beispielsweise am Ergebnis der kürzlich veröffentlichten IQB-Studie, bei der mehr als ein Viertel der Grundschüler die Mindeststandards beim Lesen und Rechnen nicht erreicht.

Diese Defizite setzen sich fort und kommen letztendlich mit den Betroffenen auch bei uns an der berufsbildenden Schule an. Da verwundert es kaum, dass der Landeselternbeirat eine Petition auf den Weg gebracht hat, in der er zwei Milliarden Euro zusätzlich für den Bildungsetat fordert. Schon jetzt weisen pandemiebedingt die Lernstände vieler unserer Schülerinnen und Schüler auf einen erheblichen Aufholbedarf hin. Um diesen zu bewältigen, benötigen wir dringend mehr Ressourcen, beispielsweise für kleinere Klassen und Schulsozialarbeit. Hinzu kommt die digitale Transformation, die mit entsprechendem Bedarf an Fortbildung und technischem Support einhergeht.

Während das Pädagogische Landesinstitut mehr Angebote macht, als von den Kolleginnen und Kollegen, sehr wahrscheinlich aufgrund fehlender zeitlicher Freiräume, in Anspruch genommen werden, lässt der technische IT-Support noch bei vielen Schulträgern zu wünschen übrig. Bei Letzterem springen IT-Kolleginnen und Kollegen ein, denen dadurch wiederum die Zeit für die Betreuung und individuelle Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler fehlt. Die Ablehnung der geforderten Anrechnungsstunden für die SchulCampus-Betreuerinnen und -Betreuer verdeutlichen das Dilemma.

Einen gegenteiligen Motivationseffekt hat zudem die Entscheidung, die Zahl der Beförderungstellen nach A14 gegenüber den beiden Vorjahren zu kürzen. Eine solche Maßnahme trägt nicht dazu bei, die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen zu erhalten oder gar zu steigern. Dabei ist es jedoch jetzt schon dringend erforderlich, für den Nachwuchs zu sorgen, den wir in den kommenden Jahren aufgrund von Pensionierungen und steigenden Schülerzahlen brauchen werden.

zahl an Maßnahmen gefördert, u. a. Experimentiermaterialien für den Unterricht.

DIGITALE BILDUNG/ DIGITALISIERUNG

Für den Schwerpunkt Digitale Bildung/Digitalisierung sollen die Mittel im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 13,6 Prozent auf dann 23,46 Millionen Euro erhöht werden. Im Jahr 2024 folgt dann lediglich noch eine geringe Steigerung. Finanziert wer-

den soll aus diesen Mitteln eine Vielzahl an Maßnahmen wie z.B. der SchulCampus RLP, das digitale Kompetenzzentrum beim pädagogischen Landesinstitut, die regionalen Kompetenzzentren, die Unterstützung der Schulträger beim IT-Support, digitale Endgeräte zur unentgeltlichen Ausleihe für Schülerinnen und Schüler, die 29 Informatik-Profilschulen, die digitalen berufsbildenden Lernzentren, das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ und die Fortbildung von Schulleitungen zur „Digitalisierung im Bildungsbereich“. Des Weiteren gibt es Unterstützung für die Schulträger bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule und für landesweite und länderübergreifende Projekte. Investiert werden soll in digitale Instrumente zum Lehren und Lernen (u. a. zur Lernstandserhebung) und die Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der unterschiedlichen Portale im Bildungsbereich zu einem einheitlichen Bildungsportal für pädagogische Verfahren und Verwaltungsverfahren.

MITTEL DER SPRACHFÖRDERUNG

Für die Mittel für Sprachförderung ist im Jahr 2023 eine Erhöhung von ca. zehn Prozent auf dann 66,12 Millionen Euro veranschlagt. 2024 sollen weitere 1,5 Millionen Euro hinzukommen. Den berufsbildenden Schulen stehen davon bis zu 52 Vollzeitäquivalente (1.176 Lehrerwochenstunden) für das Berufsvorbereitungsjahr-Sprache (BVJ-S) und weitere Sprachfördermaßnahmen zur Verfügung.

Für Ganztagsschulangebote in Rheinlandpfalz wird der Ansatz um rund 800.000 Euro auf knapp über 110 Millionen Euro erhöht. Damit können 84 Prozent der allgemeinbildenden Schulen ein Ganztagsangebot realisieren.

INKLUSION

Einen Zuwachs gibt es bei den Mitteln für die Inklusion in Höhe von jeweils rund 3,3 Prozent auf dann 58,576 Millionen Euro im Jahr 2023 und schließlich 60,542 Millionen Euro im Jahr 2024. Für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung wird der Übergang aus dem inklusiven Unterricht in die berufsbildende Schule durch das Berufsvorbereitungsjahr mit inklusivem Unterricht (BVJ-I) gewährleistet. Dieses Angebot gab es im Schuljahr 2021/2022 an 17 BBSn und wird nachfrageorientiert ausgebaut. Zehn Millionen Euro

müssen jährlich zur Unterstützung von Gemeinden und Gemeindeverbänden für die Wahrnehmung inklusiv-sozialintegrativer Aufgaben ausbezahlt werden.

SCHULSOZIALARBEIT

Eine erheblich reduzierte Mittelzuweisung um mehr als dreißig Prozent ist bei der Schulsozialarbeit festzustellen. Die Senkung ergibt sich aus dem Wegfall der Mittel aus dem Corona-Aufholprogramm, die für das Jahr 2022 zur Verfügung standen. Gleichwohl erfolgt zur Förderung der Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen eine

Erhöhung um 500.000 Euro im Jahr 2023 und um 1 Million Euro im Jahr 2024. Für das Berufsvorbereitungsjahr sollen in drei Aufbauschritten, beginnend mit dem Schuljahr 2022/23, insgesamt 30,5 Vollzeitäquivalente gefördert werden.

FERIENBETREUUNG

Vom Wegfall der Mittel aus dem Corona-Aufholprogramm ist ebenso die Ferienbetreuung betroffen, für die für 2023 und 2024 lediglich noch jeweils zwei Millionen Euro gegenüber 4,605 Millionen Euro im Jahr 2022 veranschlagt werden. ■

Nachdem bereits mehr als 13.300 Unterschriften gesammelt werden konnten, wurde am 4. November, umrahmt von einer Demonstration, die Petition an den Landtag übergeben.

Schüler-, Lehrer- und Elternorganisationen haben sich erstmalig zusammengeschlossen, um den Landtag auf die sich immer weiter verschärfenden Probleme im rheinland-pfälzischen Schulalltag aufmerksam zu machen. Geklagt wird u.a. über den hohen Unterrichtsausfall, fehlende Lehrkräfte, fehlendes Personal für Schulsozialarbeit, Verwaltung und den IT-Support sowie das Übermaß an Bürokratie an unseren Schulen.

Schon innerhalb eines halben Jahres hat die Bildungspetition über 13.300 Unterschriften gesammelt. Die Petition fordert „Zwei Milliarden Euro mehr in den Bildungsetat von Rheinland-Pfalz“. Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler den jeweils für sich besten Schulabschluss erreichen.

Der Demonstrationzug formierte sich am Osteiner Hof und bewegte sich zum Ernst-Ludwig-Platz, wo die Petition an die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen überreicht werden konnte. Der VLW beteiligte sich ebenfalls aktiv an der Demonstration.



**FORDERUNG:
ZWEI MILLIARDEN
EURO MEHR FÜR DEN
BILDUNGSETAT IN
RHEINLAND-PFALZ
ERSTE GEMEINSAME
BILDUNGSPETITION AN DEN
LANDTAG ÜBERGEBEN**

Unterstützt wird die Petition von

- dem Regionalelternbeirat Trier,
- der ARGE-SEB,
- der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
- der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz,
- dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen,
- dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen und
- dem Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz.

MITMACHEN GEHT NOCH

Auch nach der Übergabe läuft die Petition noch ein halbes Jahr weiter. Wir bitten darum, diese zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie unter <https://schule-geht-besser.de>

INFLATION NICHT AUF DEM RÜCKEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES AUSTRAGEN

**BUNDESTARIFKOMMISSION
FORDERT 10,5 PROZENT UND
MINDESTENS FÜNFHUNDERT EURO**



Mit den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst beim Bund und den Kommunen geht die Einkommensrunde 2023 an den Start. Das Ergebnis hat eine wichtige Signalwirkung für die folgenden Verhandlungen zum Tarifvertrag der Länder, bei denen die Einkommen der Landesbeschäftigten und damit der angestellten Lehrkräfte vereinbart werden. In der Regel wird das Ergebnis für die Landesbeamtinnen und -beamten, also somit der meisten Lehrkräfte, zeit- und inhaltsgleich übernommen. Von Arbeitgeberseite wird allerdings der Vorwurf erhoben, die Forderung im zweistelligen Prozentbereich sei maßlos überzogen, insbesondere weil aufgrund der Pandemie und der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Energie- und Flüchtlingskrise die öffentlichen Kassen bereits äußerst strapaziert seien. Zudem laufe ein hoher Abschluss dem Ziel zuwider, die Inflation einzudämmen.

Der VLW ist da allerdings völlig anderer Meinung und unterstützt die Forderung, die von der dbb-Tarifkommission erhoben wird. Denn bereits beim laufenden Tarifvertrag hat sich der dbb mit einer nach der Nullrunde im Oktober 2021 moderaten linearen Erhöhung von 2,8 Prozent im Dezember 2022 zufrieden gegeben. Die steuerfreie Corona-Einmalzahlung im März 2022 hat keinen linearen Effekt, sondern trägt lediglich dazu bei, dass sich die Einkommensschere zwischen öffentlichem Dienst und der Privatwirtschaft noch weiter öffnet. Pensionäre kamen erst gar nicht in den Genuss der steuerfreien Einmalzahlung, da diese nur den aktiven Beschäftigten und schließlich auch Beamten zugesprochen wurde. Der VLW hält deshalb auch nichts von der von Bundeskanzler Scholz ins Spiel gebrachten Einmalzahlung in Höhe von bis zu dreitausend Euro, sondern ist der Meinung, dass sich Politik im Sinne der

Tarifautonomie aus den Tarifverhandlungen heraushalten sollte.

INFLATIONSRATE SCHWÄCHT KAUFKRAFT

Fakt ist nun einmal, dass wir mit einer Inflationsrate von rund zehn Prozent konfrontiert sind und damit einen erheblichen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen. Dem Argument, dass wir mit unserem sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst bessergestellt sind als große Teile der Bevölkerung, will der VLW nur bedingt folgen. Zwar sind unsere Arbeitsplätze sicher, aber gleichzeitig haben auch wir infolge von Pandemie, Digitalisierung und Ukrainekrieg erhebliche Belastungen zu schultern. Als konkrete Beispiele seien hier insbesondere die Umsetzung des Digitalpaktes und die Schulung von ukrainischen Schülerinnen und Schülern genannt.

ANSCHLUSS AN EINKOMMENS- ENTWICKLUNG NICHT VERPASSEN

Es ist richtig, dass der Staat derzeit viel Geld benötigt, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor den schlimmsten Auswirkungen der Krisen zu schützen. Gleichzeitig führt die derzeitige Inflation aber auch zu deutlich höheren Steuereinnahmen. Da wollen wir es nicht hinnehmen, dass der öffentliche Dienst bei den Tarifabschlüssen noch weiter von der Privatwirtschaft abgehängt wird. Für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und somit auch für die Nachwuchsgewinnung von Lehrkräften an berufsbildenden Schulen ist es wichtig, den Anschluss an die Einkommensentwicklung zu halten. In Zeiten des Fachkräftemangels zieht ein sicherer Arbeitsplatz allein längst nicht mehr, um eine Perspektive für eine lebenslange Berufsentscheidung zu bieten. Vielmehr muss das Gesamtpaket stimmen.

DIE NÄCHSTEN VERHANDLUNGSTERMINE

Die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen starten am 24. Januar 2023 in Potsdam. Eine zweite Verhandlungsrunde ist für den 22. bzw. 23. Februar 2023 angesetzt. Die entscheidende dritte Verhandlungsrunde findet vom 27. bis 29. März 2023 statt.

Die Verhandlungen für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), der im September 2023 ausläuft, folgen im anschließenden Herbst/Winter.

EINSATZ ZEIGEN

Der VLW bittet alle seine Mitglieder, auf Aufrufe für Aktionen und Demonstrationen des dbb zu achten und gegebenenfalls teilzunehmen und Flagge zu zeigen. Der VLW unterstützt aktiv die Aktionen des dbb. Je mehr Menschen auf die Straße gehen, desto höher ist die Chance auf Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen! ■

Quelle: dbb_spezial_2023_Bund_Kommunen.pdf

PERSONALRÄTESCHULUNG

Die Eingruppierung und Einstufung beim Abschluss von Vertretungsverträgen sowie die Organisation und Arbeit der Schwerbehindertenvertretung, Anlässe für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand und Gründe für die Verlängerung der Probezeit waren die Schwerpunktthemen bei den diesjährigen Personalräte-Fortbildungen des VLW Rheinland-Pfalz. Diese konnten im vergangenen September erfreulicherweise in Präsenz, sowohl im Norden in Neuwied am Rhein als auch im Süden in Weisenheim am Berg stattfinden.

Für den Themenbereich Eingruppierung und Einstufung standen vom VLW mit Kurt Flöck und Andreas Seehaus erfahrene Referenten zur Verfügung. Sie sind beide seit vielen Jahren im Bezirkspersonalrat aktiv und kennen die Knackpunkte, auf die bei Vertretungsverträgen zu achten ist. Schnell können da Fehler passieren, die einen finanziellen Nachteil für die betroffene Vertretungslehrkraft nach sich ziehen. An anschaulichen Musterfällen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Kriterien für die Eingruppierung und der Anerkennung

förderlicher Zeiten für die richtige Zuordnung der Entgeltgruppe sowie der Entgeltstufe kennenlernen.

ANSPRECHPARTNER FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Für den zweiten Hauptvortrag konnte Michael Haupt gewonnen werden, der als Bezirksvertrauens-



person der schwerbehinderten Menschen an berufsbildenden Schulen über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt. Die Schwerbehindertenvertretung der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz

DER VLW INFORMIERTE ZU WICHTIGEN THEMEN

TEILNEHMER REGT ENGERE VERNETZUNG ZWISCHEN PERSONAL- RÄTEN AN

ist analog der Struktur der Stufenvertretung des Personalrats aufgebaut und besteht derzeit aus neun örtlichen Vertrauenspersonen, der Bezirksvertrauensperson und der Hauptvertrauensperson.

ZUR PERSON

Michael Haupt ist seit August 2005 gewählte Bezirksvertrauensperson für den Bereich der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Er nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Bezirkspersonalrats teil, arbeitet in Personalangelegenheiten eng mit ihm zusammen und berät ihn in allen Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen.

Michael Haupt steht als Ansprechpartner für alle Fragen rund um den Status als schwerbehinderte Lehrkraft zur Verfügung. Sein Informations- und Beratungsangebot gilt auch für alle Kolleginnen und Kollegen, die Fragen zum Antragsverfahren auf Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft, zum Gleichstellungsverfahren bei der Arbeitsagentur, zu beruf-



lichen Wiedereingliederung und zu vielem mehr haben. Gleichmaßen versteht er sich als Ansprechpartner für die Schulleitung. Er ist telefonisch unter 02 61/9 22 49 91 zu erreichen.

darum, mit den betreffenden Personen Kontakt aufzunehmen, bevor sie auf die vom Bezirkspersonalrat zugesandte Mitbestimmungsvorlage ein Votum abgeben.

Abschließend ging Michael Haupt auf die Gründe für eine Verlängerung der Probezeit ein, die beispielsweise in der fachlichen oder der gesundheitlichen Nichteignung liegen kann. Bei der fachlichen Nichteignung kommt bei der Notenstufe D in der dienstlichen Beurteilung noch eine Verlängerung in Betracht; die Notenstufe E führt zur Entlassung aus dem Dienst. Bei Verlängerung der Probezeit wegen fachlicher oder gesundheitlicher Nichteignung wird perspektivisch die Chance gesehen, dass sich die Eignung im Verlängerungszeitraum einstellen kann. Insofern ist die Verlängerung der Probezeit notwendig, damit betreffende Lehrkräfte im Beamtenverhältnis auf Probe verbleiben können.

NEUES AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

Am Nachmittag berichteten Dirk Mettler (in Neuwied) beziehungsweise Karl-Heinz Fuß (in Weisenheim) von aktuellen Themen aus dem Hauptpersonalrat. Diese sind beispielsweise das aktuelle Beförderungsverfahren nach A14 und der Entwurf einer Dienstvereinbarung für den Schulcampus. Beides steht in engem Zusammenhang mit den Haushaltsplanungen des Landes für die Jahre 2023 und 2024 und löste rege Diskussionen aus.

AUSTAUSCH ALS WERTVOLL GEWÜRDIGT

Ein Teilnehmer äußerte den Wunsch, auch in kürzeren Zeitabständen auf regionaler Ebene oder in Online-Formaten mit den ÖPR-Kolleginnen und -Kollegen anderer BBSn zum Erfahrungsaustausch in Kontakt treten zu können. Dieser Wunsch wurde von den weiteren Anwesenden begrüßt, denn wie wertvoll ein solcher Austausch sein kann, haben die beiden durchgeführten Veranstaltungen deutlich gezeigt. ■

Die örtlichen Vertrauenspersonen sind jeweils für bestimmte Schulstandorte eines festgelegten Betreuungsbereiches zuständig und dort direkte(r) Ansprechpartner/-in. In diesem Zusammenhang weist Michael Haupt darauf hin, dass die örtliche Vertrauensperson nach § 35 Abs. 1 LPersVG zu allen Sitzungen des örtlichen Personalrats der Schule, für die sie zuständig ist sowie zu den Vierteljahresgesprächen mit der Schulleitung gemäß § 67 Abs. 1 LPersVG durch den örtlichen Personalrat eingeladen werden muss. Eine Übersicht, welche örtliche Vertrauensperson für welche Schulstandorte zuständig ist, findet sich auf der von Michael Haupt betriebenen Homepage der Schwerbehindertenvertretung www.bpr-bbs.de/schwerbehindertenvertretung.html.

VORZEITIGER RUHESTAND

Anschließend zeigte Michael Haupt Anlässe für eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand auf. Eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand kann auf Antrag der Lehrkraft nach § 39 Abs. 1 und 2 Landesbeamtengesetz (Ruhestand auf Antrag) oder wegen Dienstunfähigkeit gemäß § 44 Landesbeamtengesetz erfolgen. Die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit kann auf eigenen Antrag der Lehrkraft oder auf Weisung der ADD erfolgen. In diesem Zusammenhang zeigte Michael Haupt anschaulich den jeweiligen Verfahrensablauf auf. Für den Fall, dass die Versetzung einer Kollegin oder eines Kollegen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ansteht, bittet Michael Haupt die anwesenden Personalvertreterinnen und -vertreter

NEUE VORSITZENDE IN KOBLENZ UND TRIER

Nahezu zeitgleich wurden Anfang Oktober zwei neue Bezirksvorsitzende gewählt. Im Bezirk Koblenz folgt Stefanie Tischer von der Ludwig-Erhard-Schule Neuwied dem langjährigen Vorsitzenden Kurt Flöck nach. Im Bezirk Trier übernimmt Michael Steuer von der BBS Bernkastel-Kues die Funktion des Bezirksvorsitzenden, nachdem diese einige Monate vakant gewesen war.

Kurt Flöck, der seit März 2011 den Bezirksvorsitz für Koblenz innehatte, begrüßte die Wahl Tischers zu seiner Nachfolgerin und sagte ihr seine Unterstützung mit der Amtsübernahme zu. „Was ich in mehr als zehn Jahren an Erfahrungen gesammelt habe, kann ich natürlich nicht von heute auf morgen weitergeben“, so Flöck augenzwinkernd bezüglich der Erwartungen, die an Stefanie Tischer gestellt werden. „Aber wir haben einen sehr engagierten Vorstand, auf den sich die frisch gewählte Bezirksvorsitzende verlassen kann“, ergänzte Flöck.

Darauf kann sicherlich auch Michael Steuer zurückgreifen, der im gemütlichen Ambiente des Zylinderhauses in Bernkastel-Kues, ebenso wie Tischer einstimmig, zum neuen Vorsitzenden für den



Vorstandsmitglieder des Bezirks Trier (v.l.n.r.): Jörg Schütz, Michael Steuer und Patrick Grewis



Michael Steuer, 32 Jahre alt, unterrichtet an der BBS Bernkastel-Kues Wirtschaft und Informatik. Als Schüler besuchte er die BBS Cochem und studierte nach abgeschlossener kaufmännischer Ausbildung Wirtschaftspädagogik in Köln. Sein Referendariat absolvierte er am Studienseminar in Trier und an der BBS in Bernkastel-Kues. Er wohnt in Düngeheim in der Vordereifel und verbringt seine Freizeit mit Fußball spielen und Mountainbike fahren.



Stefanie Tischer, 41 Jahre alt, unterrichtet an der BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied Betriebswirtschaftslehre, Deutsch und Darstellendes Spiel. Nach ihrer Ausbildung zur Bankkauffrau studierte sie Wirtschaftspädagogik in Mainz. Ihr Referendariat absolvierte sie am Studienseminar in Neuwied und an der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied. Sie wohnt in Urbach, zwischen Rheintal und Westertal gelegen, und verbringt ihre Freizeit mit Gartenarbeit, einem spannenden Buch und Konzertbesuchen.

Bezirk Trier gewählt wurde. „Wir freuen uns, dass mit Stefanie Tischer und Michael Steuer eine junge Kollegin und ein junger Kollege ins Amt gewählt wurden und diese nun die junge Generation im VLW vertreten“, kommentierte der Landesvorsitzende Dirk Mettler sichtlich erfreut die Neuwahlen, bei denen er jeweils persönlich mit dabei sein konnte. „Da Bezirksvorsitzende laut Satzung geborene Mitglieder des Landesvorstandes sind, rückt mit Michael Steuer eine weitere Person in den Landesvorstand nach. Stefanie Tischer ist dort bereits Mitglied, seit sie bei der zurückliegenden Landesversammlung von den Delegierten als Vertreterin für den Geschäftsbereich Bildungs- und Schulpolitik gewählt wurde“, führt Dirk Mettler aus.

Der VLW Landesvorstand gratuliert den beiden Neugewählten und wünscht Ihnen viel Freude und Erfolg in ihrer neuen Funktion. ■

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES VLW-BEZIRKS KOBLENZ IM FOOD-HOTEL NEUWIED

Am 6. Oktober 2022 fand in den Räumen des Food-Hotels Neuwied die Mitgliederversammlung des VLW-Bezirks Koblenz statt, zu der der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck eingeladen hatte. Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Neuwahl des Bezirksvorstandes sowie die Wahl der Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung am 24. April 2023 im Robert-Schuman-Haus in Trier.



Von links: Dirk Mettler,
Stefanie Tischer und Kurt Flöck

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Kurt Flöck und den Landesvorsitzenden Dirk Mettler sowie der Verabschiedung der Tagesordnung folgte alsbald der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes.

UNTERSÜTZUNG FÜR GELINGENDEN ÜBERGANG

In seinem Bericht erklärte Kurt Flöck, dass er vor dem Hintergrund seines nahenden Ruhestands für eine weitere Amtsperiode als Vorsitzender nicht mehr zur Verfügung stehen möchte, aber zu einer weiteren Mitarbeit im Bezirksvorstand bereit sei. Ihm wäre es wichtig, dass ein fließender Übergang im Bezirksvorsitz gelingt und er diesen Übergang durch seine Mitarbeit im Bezirksvorstand begleiten kann.

TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDS

Kurt Flöck nahm in seinem Bericht Rückblick auf seine Tätigkeiten in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender, die er seit März 2011 ausübte. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die jährlichen Angebote ganztägiger Fortbildungsveranstaltungen zu pädagogischen Themen wie der Konfrontationspädagogik und einer Vielzahl von Veranstaltungen zu betriebs- und volkswirtschaftlichen Themen sowie zur Umsetzung der Digitalisierung im Unterricht, die bei den Teilnehmenden immer eine sehr positive Resonanz fanden. Nach einer durch die Coronasituation bedingten Unterbrechung in den Jahren 2021 und 2022 wurden wieder Fortbildungs- bzw. Informationsveranstaltungen im Jahr 2023 in Aussicht gestellt.

Im Rahmen des Berichts von Kurt Flöck gedachten die Anwesenden noch einmal Oberstudienrätin Anja Weischedel und Oberstudienrat i.R. Hans-Jürgen Stratmann vom Ortsverband Bad Neuenahr-Ahrweiler, die in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 in den Fluten der Ahr auf tragische Weise ums Leben gekommen sind.

Abschließend dankte Kurt Flöck seinem Vorstandsteam sowie den Ortsvorsitzenden für die engagierte Mitarbeit, die vielen guten Gespräche und das gute Miteinander.

Mario Passannante stellte im Anschluss die Finanzlage des Bezirksverbands Koblenz vor. Der Be-

zirksverband verfügt über stabile finanzielle Rücklagen.

Nach der Entlastung des Vorstandes dankte Kurt Flöck den Kassenprüfern Peter Eich und Maik Nöller für die sorgfältige und gewissenhafte Kassenprüfung.

NEUWAHLEN

In den sich anschließenden Vorstandswahlen wurde Stefanie Tischer von der BBS Wirtschaft Neuwied einstimmig zur neuen Vorsitzenden des VLW-Bezirksverbands Koblenz gewählt. Stefanie Tischer gehört seit dem Jahr 2018 dem Bezirksvorstand als zweite stellvertretende Vorsitzende an. Der Landesvorsitzende Dirk Mettler und Kurt Flöck gratulierten Stefanie Tischer zur Wahl und wünschten ihr viel Erfolg und Freude im neuen Amt. Stefanie Tischer, die die Wahl annahm, bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und freut sich schon auf die neue Aufgabe. In den Bezirksvorstand wiedergewählt wurden Oliver Friderichs (1. stellvertretender Vorsitzender), Mario Passannante (Bezirkskassierer), Björn Hornburg (Schriftführer) sowie Pascal Quinten und Christian Schneider als Beisitzer. Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Kurt Flöck gewählt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an und dankten ebenfalls für das entgegengebrachte Vertrauen.

Die Tagesordnung bot aber auch ausreichend Raum zu einem regen Gedankenaustausch zu verschiedenen verbandsinternen Themen.

Mit einem Wort des Dankes für die Teilnahme an der Bezirksmitgliederversammlung und die rege Beteiligung beendete die neue Bezirksvorsitzende Stefanie Tischer die Mitgliederversammlung des VLW-Bezirks Koblenz. ■



BETRIEBSBESICHTIGUNGEN ANGEKÜNDIGT PASCAL SCHLIMMER VORGESTELLT ELMA MERTENS VERABSCHIEDET

Rund zwanzig Delegierte aus acht verschiedenen Berufsbildenden Schulen im Bezirk Pfalz tagten am 4. Oktober in den Räumen der BBS Kaiserslautern II.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Andreas Seehaus folgte dessen Rechenschaftsbericht mit einem Rückblick auf die Aktivitäten der letzten beiden Jahre. Dazu zählen unter anderem zahlreiche individuelle Beratungen, z. B. zu Abordnungen, Versetzungen, ZMU-Untersuchungen und Stundenplanproblematiken. Im Januar wurden zwei inhaltsgleiche Informationsveranstaltungen zum Thema „Altersteilzeit“ über Big Blue Button unter der Leitung von Kurt Flöck mit über fünfzig Teilnehmenden durchgeführt. Aufgrund der hohen Nachfrage sollen diese Veranstaltungen erneut angeboten werden. Im September fand das Treffen der Ortsvorsitzenden der Pfalz in Präsenz in Weisenheim am Berg statt. Auf vielfachen Wunsch wurden für den Sommer 2023 wieder Betriebsbesichtigungen angekündigt, organisiert durch den VLW Pfalz. Coronabedingt konnten die beliebten Besuche namhafter Unternehmen in den beiden vergangenen Jahren leider nicht stattfinden.

Es folgte die Vorstellung von Pascal Schlimmer, dem neuen Bezirkskassierer der Pfalz, der seinen ersten Kassenbericht abgab. Ferner wurden die Delegierten gewählt, die am 24. April 2023 bei der Landesversammlung in Trier den VLW-Bezirk Pfalz vertreten werden.

Ein besonderes Anliegen war es dem Bezirksvorsitzenden, die langjährige Ortsvorsitzende der BBS Landstuhl, Elma Mertens, in den Ruhestand zu verabschieden. Mit einem Blumenstrauß bedankte sich Andreas Seehaus für das große Engagement von Frau Mertens für die berufliche Bildung, für den VLW und die herzliche Zusammenarbeit und wünschte ihr viel Glück und Gesundheit für die kommende Lebensphase.

Zum Ausklang der Versammlung folgte ein reger Austausch zu verbandsinternen Themen. Da coronabedingt ein Treffen in Präsenz längere Zeit nicht möglich war, mangelte es dabei nicht an Gesprächsanlässen.

Um die Organisation vor Ort und das leibliche Wohl kümmerten sich Jürgen Schwind und Dagmar König von der BBS Kaiserslautern.

Ein herzliches Dankeschön, auch an alle anderen Helferinnen und Helfer! ■

ELISABETH HANCK-HUTH – DIE **MANAGERIN** DER VLW GESCHÄFTSSTELLE

*Kann bereits auf
ein ganzes Jahr Arbeit
für den VLW
zurückblicken –
Elisabeth Hanck-Huth*

Mit der Neuwahl des Landesvorsitzenden im Oktober 2021 sollte die VLW-Landesgeschäftsstelle in regionale Nähe des Vorsitzenden verlegt werden. Der VLW suchte damals nach einer kompetenten Person, die eigenständig die Aufgaben einer Geschäftsstelle erledigen konnte.

Elisabeth Hanck-Huth kannte den VLW bereits über ihren Ehemann Joachim Huth, der viele Jahre die Kasse des VLW-Bezirksverbands Koblenz betreute, und so fiel es ihr nicht schwer, sich für den Job zu bewerben. Da die erwachsenen Kinder bereits aus dem Haus sind, stehen ihr sowohl Zeit als auch Raum für die Erfordernisse einer Verbandsgeschäftsstelle zur Verfügung. Dank digitaler Technik ist die Kommunikation mit dem Vorstand und den Mitgliedern auch aus ihrem beschaulichen Heimatort Kottenheim effizient möglich.

HÄNDCHEN FÜR BEIDES – ROUTINE UND NEUE AUFGABEN

Im zurückliegenden Jahr hatte Elisabeth Hanck-Huth bereits alle Hände voll zu tun, denn die neue Geschäftsstelle musste ja zunächst eingerichtet und ausgestattet werden. Und dann ging es daran, die organisatorischen Abläufe und die handelnden Personen im VLW Rheinland-Pfalz kennenzulernen.

Während in vielen Angelegenheiten bereits Routine eingeleitet ist, gibt es immer noch neuartige Aufgaben zu bewältigen, wie aktuell zum Beispiel die Vorbereitung des für den 24. April 2023 terminierten Tags der kauf-



männischen Schule in Trier. Neben den Absprachen mit dem Veranstalter müssen dafür eine ganze Reihe an Materialien erstellt oder beschafft werden. Dafür hat Elisabeth Hanck-Huth das richtige Händchen, was sie bereits bei der Organisation vieler kleinerer Veranstaltungen wie den VLW-Fortbildungen und Personalräte-Schulungen unter Beweis gestellt hat.

WEIHNACHTEN KANN KOMMEN

Die kommende Adventszeit sieht sie ganz entspannt, denn sie hat sich bereits während der Sommerferien um die Präsente für unsere Mitglieder an den Schulen gekümmert. Mit Blick auf die Lieferkettenprobleme eine vorausschauende und kluge Vorgehensweise.

Der VLW-Landesvorstand wünscht Elisabeth Hanck-Huth weiterhin viel Erfolg und Freude bei ihrer Tätigkeit. ■

RECHTSTIPP: FRIST UND FORM- VORSCHRIFT BEI WIDERSPRUCH VON BESCHEIDEN BEACHTEN!

Ob der Bescheid von der Beihilfestelle, der Reisekostenstelle, der ADD oder einer anderweitigen Behörde kommt, eines haben sie gemeinsam: Wenn Sie Widerspruch einlegen wollen, müssen Sie darauf achten, dass dieser fristgerecht und in der erforderlichen Form erfolgt.

Meist steht am Ende eines Bescheides eine Rechtsbehelfsbelehrung, in der darauf hingewiesen wird, bis wann und in welcher Form ein Widerspruch zu erfolgen hat. Meist beträgt die Frist einen Monat ab Zustellung des Bescheids. Es ist deshalb sinnvoll, das Eingangsdatum zu dokumentieren. Dies kann praktischerweise auf dem Bescheid selbst erfolgen.

Falls keine Rechtsbehelfsbelehrung angefügt ist, beträgt die Frist zwölf Monate.

Der Widerspruch ist in der Regel schriftlich oder zur Niederschrift bei der entsprechenden Stelle einzulegen. Grundsätzlich ist die eigenhändige Unterschrift erforderlich, so dass ein Widerspruch per E-Mail problematisch sein kann. Holen Sie im Zweifelsfall dazu die Information von der entsprechenden Behörde ein. Aber bitte nicht am Telefon, denn dabei entstehen leicht Missverständnisse, die sich anschließend nicht mehr klären lassen.

Nur was Sie schriftlich haben, kann Ihnen als Nachweis dienen!

Foto: AdobesStock

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender

Dirk Mettler

Geschäftsstelle

Rutschbach 10 • 56736 Kottenheim

Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreund.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann

Auflage

1.500 Stück

Druck

Wir machen Druck GmbH
Mühlbachstraße 7
71522 Backnang



DER VLW FORDERT

A14 ALS REGELBEFÖRDERUNG IM HÖHEREN DIENST AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN

Damit das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiv und konkurrenzfähig zu adäquaten Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft bleibt, müssen alle Kolleginnen und Kollegen im höheren Dienst im Laufe ihrer beruflichen Laufbahn nach A14 befördert werden.

DEN ABBAU DES BEFÖRDERUNGSSTAUS

Kolleginnen und Kollegen müssen oftmals unerträglich lange warten, bis sie nach A14 befördert werden. Manche müssen gar mit A13 in den Ruhestand gehen. Das muss sich ändern, um dem Mangel an künftigen Bewerberinnen und Bewerbern entgegenzuwirken.

DIE ERHÖHUNG DER ZAHL AN A14-BEFÖRDERUNGSSTELLEN IM DOPPELHAUSHALT 2023/2024

Der VLW kritisiert massiv die Reduzierung der Beförderungsstellen im Vergleich zu den Vorjahren. Im Gegenteil muss die Zahl deutlich erhöht werden, um den Beförderungsstau abzubauen.

Das haben unsere Kolleginnen und Kollegen mit Blick auf die erheblichen Belastungen der letzten Jahre mehr als verdient!

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**